

Die Behindertenbewegung zwischen dem 1. und dem 2. Weltkrieg

Diesen Text hat **Volker Schönwiese** geschrieben.

Menschen mit Behinderungen in Österreich kämpfen schon sehr lange für ihre Rechte.
Sie kämpfen schon seit 100 Jahren.
Sie haben eine Gruppe gegründet.
Der Name der Gruppe war: Erste österreichische Krüppel-Arbeits-Gemeinschaft.
Krüppel war damals das Wort für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.
Die Arbeits-Gemeinschaft hatte eine eigene Zeitschrift.
Der Name von der Zeitschrift war: Der Krüppel.

Die Krüppel-Arbeits-Gemeinschaft wollte gute Unterstützung für behinderte Menschen in ganz Österreich.
Sie wollte Arbeit für behinderte Menschen und kein Mitleid.
Sie wollten zeigen, dass sie arbeiten können.
Sie wollten Ausbildung für Berufe.
Sie gründeten Werkstätten.
Behinderte Menschen sollten nicht im Altersheim leben.
Sie wollten gut wohnen können.
Sie wollten mitbestimmen.
Die Arbeits-Gemeinschaft hat mit Politikern gesprochen.
Die Politiker waren freundlich.
Aber getan haben die Politiker nichts.

Die Krüppel-Arbeits-Gemeinschaft hat kleine Erfolge gehabt:
Behinderte Menschen durften in der Bahn mitfahren.
Aber nur im Gepäck-Wagen.
Einige behinderte Personen haben bei der Stadt Wien Arbeit bekommen.

Dann kam eine große Wirtschafts-Krise.
Die Parteien haben um die Macht gestritten.
Es gab einen Bürger-Krieg in Österreich.

Die Krüppel-Arbeits-Gemeinschaft hat weiter mit Politikern gesprochen.
Und mit Leuten von der Kirche.
Aber niemand hat geholfen.

Im Jahr 1938 kamen die Nazis.
Alle haben geglaubt: Jetzt wird alles besser.
Aber das Gegenteil ist passiert.
Viele behinderte Menschen sind von den Nazis getötet worden.

„Arbeit, nicht Siechenhaus!“

Geschichte der Behindertenbewegung
in Österreich in der Zwischenkriegszeit
von 1924 bis 1938



Abzeichen der Krüppelarbeitgemeinschaft aus dem Jahr 1927 | Foto: Fridolin Schönwiese

Seit den 1920er Jahren des 20. Jahrhunderts bemühten sich Menschen mit Behinderungen in Österreich um Verbesserungen bei sozialen Rechten. Die „Erste österreichische Krüppelarbeitgemeinschaft“ stellte Forderungen, die über Wohlfahrtsleistungen weit hinaus Gleichstellung und Menschenrechte betrafen. Die Arbeitsgemeinschaft entwickelte wichtige Zukunftsentwürfe, scheiterte aber weitgehend an den ökonomischen und politischen Bedingungen der Ersten Republik.

Der Krüppel

Mitteilungsblatt der „Ersten österreichischen Krüppelarbeiters-
gemeinschaft“. -: Zeitschrift der Krüppel Oesterreichs von Geburt,
durch Krankheit und Unfall ohne Rente zur Wahrung der geistigen,
wirtschaftlichen und sozialen Interessen.

Redaktionsschluß am 15. eines
jeden Monats.

Erscheint am 1. jeden Monats.

Nachdruck der Aufsätze nur
mit Bewilligung der Redaktion.

**Krüppelheimstätte und
Schriftleitung: Wien II,
Pazmanitengasse Nr. 7.**

Telephon R 40-3-59

Straßenbahnlinien C, O, V.

Postsparkassenkonto B-3.759.

Zu beziehen durch alle Post-
ämter und Buchhandlungen so-
wie II, Pazmanitengasse Nr. 7.
Für Mitglieder unentgeltlich.
Jahresgebühr: Oesterr. S. 2,-,
Deutschland Mk. 1.50, C. S. R.,
Kč. 20, übriges Ausland Frs. 2.

Einzelnummer 30 g.

Nummer 11/12 Wien, November-Dezember 1929 3. Jahrgang.



Die Krüppelarbeitersgemeinschaft hatte eine eigene Zeitung (oben).
Schneiderei und Korbflechterei der Krüppelarbeitersgemeinschaft (unten) | beide Bilder: Der Krüppel, 1/1929, S. 195 und 196.

Eine Gruppe von Personen mit Behinderungen gründete auf Initiative von Siegfried Braun im Jahr 1926 die „Erste österreichische Krüppelarbeitersgemeinschaft“. Unter den zentralen Parolen „Arbeit, nicht Mitleid“ und „Arbeit, nicht Siechenhaus!“ sollte menschenwürdiges Wohnen und Arbeiten für behinderte Männer und Frauen erreicht werden. Neben Siegfried Braun war der langfristige wichtigste Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft mit ausgeprägten Management-Fähigkeiten Hugo Matzner, die einzige Frau mit wichtiger Funktion war die erfolgreiche Leiterin der Werkstätten und Obfrau der Ortsgruppe St. Pölten Marie Zöchling.

Ziele der Krüppelarbeitersgemeinschaft

Zu Beginn waren die Forderungen der Krüppelarbeitersgemeinschaft

einerseits an existierenden Maßnahmen für Kriegs- und Unfallopfer orientiert. Diese betrafen z. B. Heilbehandlungen, die Förderung von Körperersatzstücken und orthopädischen Behelfen sowie bei Arbeitsbeschaffung die Gleichstellung mit Kriegsgeschädigten. Andererseits forderte die Krüppelarbeitersgemeinschaft intensiv neue Maßnahmen in Richtung Bildung, Wohnen und Beruf. Dabei stand immer im Mittelpunkt, Arbeit und Arbeitsbefähigung zu erreichen, stets mit der Betonung, dass Krüppel/Körperbehinderte grundsätzlich arbeits- und leistungsfähig sind. Dies beruhte auf der Annahme, dass durch den Auf- und Ausbau von Sonderschulen, beruflicher Bildung/Rehabilitation, Werkstätten und Wohnheimen bei behinderten Menschen entsprechende Arbeitsfähigkeit

ausgebildet werden kann. Gegen die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Länder sollte dies, wie im Kriegsinvalidenentschädigungsgesetz von 1919, in einem Bundesleistungsgesetz geregelt werden.

Die Krüppelarbeitersgemeinschaft pflegte engsten Kontakt mit führenden Sonderpädagogen, z. B. dem Wiener Sonderschul-Direktor

¹¹¹ Siegfried Braun. In: Der Krüppel, 5/1928, S. 75.

¹²¹ Vgl. Der Krüppel, 7-8/1934, S. 33..

¹³¹ Vgl. Der Krüppel, 11-12/1937, S. 54.

¹⁴¹ Der Krüppel, 3-4/1932, S. 5.

¹⁵¹ Der Krüppel, 9-10/1929, S. 262.

¹⁶¹ Der Krüppel, 3-4/1932, S. 2-5.

¹⁷¹ Vgl. Anton Pelinka (2017): Die gescheiterte Republik: Kultur und Politik in Österreich 1918-1938. Wien: Böhlau.

¹⁸¹ Der Krüppel, 7-8/1935, S. 33-34.

¹⁹¹ Vgl. Der Krüppel, 3-4/1937, S. 11.

Hans Radl, und Ärzten in Österreich, die – soweit erkennbar – nur Männer waren, und ließ diese in der monatlich erscheinenden Zeitschrift der Krüppelarbeitsgemeinschaft *Der Krüppel* (1927–1938) zu Wort kommen. Über die Zeitschrift wurden die Ziele der Arbeitsgemeinschaft weit verbreitet und diskutiert. Eine durchaus heftige Diskussion gab es z. B. darüber, ob der übliche Begriff „Krüppel“ weiterverwendet werden sollte. Siegfried Braun argumentierte dabei, dass es nicht um verwendete Worte, sondern „um Wertung, das Vorurteil, das die Allgemeinheit, sei es der Staat oder die Gesellschaft[,] damit verbindet“, geht, es sei also „g’hupft wie g’sprungen“, welche Begrifflichkeit verwendet wird.^[1]

Arbeit der Krüppelarbeitsgemeinschaft

Die Krüppelarbeitsgemeinschaft nahm kritische Argumentationen einzelner Aktivist:innen des deutschen Selbsthilfebunds der Körperbehinderten – z. B. gegen Sonderbeschulung – nicht auf. Sie bewegte sich in den 1920er Jahren in einem progressiven oder modernisierenden internationalen Mainstream der sich institutionalisierenden Krüppelfürsorge- und Rehabilitationspolitik, darüber hinaus aber auch in Richtung der Einforderung von Menschenrechten (auf Arbeit, Bildung und Wohnen). Um der hohen Arbeitslosigkeit entgegenzutreten und die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen zu zeigen, gründete die Krüppelarbeitsgemeinschaft mehrere Werkstätten, die auch Lehrwerkstätten waren.

Als Strategie bevorzugte die Arbeitsgemeinschaft Überzeugungsarbeit über Medien und in Form von Kongressen sowie Verhandlungen mit Behörden und Entscheidungsträgern. Radikalere Kampfmaßnahmen entsprachen ihr nicht. Mit diesem Ansatz, der

auf Überzeugen setzte, konnten kleinere Erfolge erzielt werden, wie Zuschüsse für die Werkstätten, Erleichterungen beim Benützen der Bundesbahnen^[2], Begünstigungen bei der Nutzung der Arbeiterbücherei der Stadt Wien oder die Anstellung mehrerer behinderter Personen durch die Stadt Wien.^[3]

Forderungen und Verhandlungen

Ab dem Jahr 1928 übermittelte die Krüppelarbeitsgemeinschaft wiederholt Forderungen an das damalige Sozialministerium und an die Landesregierungen. Der zentrale Punkt war: „Es soll ein Bundesgesetz geschaffen werden, das die Mindestbestimmungen über die Leistungen der Krüppelfürsorge enthält und den Krüppeln einen rechtlichen Anspruch auf diese Leistungen gewährt.“^[4] Die Verhandlungen zu diesen Forderungen der Arbeitsgemeinschaft mit den zuständigen Bundes- und Landespolitikern endeten oft mit einer, auch heute noch für den Umgang mit sozialen Bewegungen sehr typischen und unter Politiker:innen weit verbreiteten Unverbindlichkeit, „die Vorschläge nach Prüfung im Rahmen des Möglichen zu verwirklichen.“^[5]

Einmal wurden die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 1931 im Parlament durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Hans Jiricek^[6] präsentiert. Mit dem Verbot der Sozialdemokratie in Österreich, dem kurzen Bürgerkrieg und der Errichtung eines autoritären Ständestaates/ des Austrofaschismus^[7] reduzierten sich die Forderungen der Krüppelarbeitsgemeinschaft auf „realistischere“ Ziele in der medizinischen Versorgung und Krüppelfürsorge. Ein großer Rückschlag war die Verabschiedung des „Gesetz[es] über die militärische Ausbildung als Grundforderung für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst“ im Jahr 1935. Nur Personen mit militärischer

Ausbildung durften fortan öffentliche Dienstverhältnisse antreten, für die Krüppelarbeitsgemeinschaft ein „schweres Unrecht“.^[8]

Dennoch gab es weiterhin Bemühungen, die reduzierten Zielsetzungen über Kontakte zur austrofaschistischen Vaterländischen Front, z. B. über die Wiener Vizebürgermeister Ernst Winter und Fritz Lahr, und zur katholischen Kirche, z. B. über Kardinal Innitzer, zu erreichen.

Bei allen – fast schon verzweifelt wirkenden – Versuchen, sich als leistungsfähig zu beweisen: In dem in den 1930er Jahren herrschenden autoritären Regime, das konsequent das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre nutzte, konnte keine Unterstützung gefunden werden. Kardinal Innitzer lobte bei der Weihnachtsfeier der Krüppelarbeitsgemeinschaft 1936 ärztliche Arbeit und würdigte die „Seelengröße und Charakterstärke“ der Körperbehinderten – auf die politischen Anliegen der Krüppelarbeitsgemeinschaft ging er nicht ein. Wie im Leerlauf arbeitete die Krüppelarbeitsgemeinschaft weiter, Mitglieder beklagten die Tragik der sehr langsamen Fortentwicklung der Krüppelarbeitsgemeinschaft.^[9]

Die Auflösung

Die Behindertenbewegung der Zwischenkriegszeit endete 1938 mit einer widerstandslosen Selbstaufgabe. In der letzten Nummer der eigenen Zeitschrift wurde dazu aufgerufen, für den „Anschluss“ zu stimmen. Es folgte die Eingliederung der Krüppelarbeitsgemeinschaft in den Reichsbund der Körperbehinderten als Teil der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Aus dem Kampf um Arbeit wurde eine Pflicht zu Leistung und Arbeit für die „Volksgemeinschaft“, verbunden mit einem eugenischen Sterilisations-, Selektions- und Mordprogramm zur Auslöschung der weniger Leistungsfähigen.